

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 15 ab Samstag, 8. August 2020 in Berlin und bundesweit. 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinspende« bitte an KDW e.V. / Lenz IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Es passiert etwas in Deutschland

»AUS BERLIN GING
EIN ZEICHEN DER LIEBE
UND DES FRIEDENS
IN DIE WELT«

Am 1. August versammelten sich nach Polizeiangaben vom Sonnabend **1,3 Millionen Menschen** in der Bundeshauptstadt gegen das Corona-Regime. Der »Sommer der Demokratie« hat begonnen: Die Menschen in Deutschland verständigen sich neu auf Basis des Grundgesetzes. Panoramaseite 4 / 5

DIE PANDEMIE IST VORBEI.

Anno 1989, Anno 2020: Die größte Demonstration Deutschlands im 21. Jahrhundert am 1. August 2020 rief Erinnerungen an den Mauerfall wach.

BERICHT von Nicolas Riedl
und Adriana Sprenger

An exakt jener Stelle, an der die größte Verfassungsbewegung in Deutschland sich in Bewegung setzte, sang vor rund 31 Jahren die Menschen für die Freiheit. Erneut wurde Berlin-Mitte zum Austragungsort eines geschichtsträchtigen Ereignisses und die Lieder erklangen. Die Menschen in Deutschland kommen basisdemokratisch und geeint zusammen.

Der Demonstrationzug, der in seiner schier unendlichen Länge selbst den längsten Güterzug wie einen Stummel aussehen ließ, bahnte sich friedlich feiernd seinen Weg durch die Straßen Berlins. Um gegen die Aushebelung der Grundgesetze aufzubegehren und im gleichen Zuge von diesen Gebrauch zu machen. Es versammelte sich eine mit bloßem Auge

nahezu unmöglich zu erfassende Teilnehmerzahl. Eine Zahl, deren genaue Bezifferung im Nachgang Gegenstand abenteuerlichster Spekulationen und Falschdarstellungen biblischen Ausmaßes vonseiten der Regierungsmedien wurde. Polizeiangaben mit 1,3 Millionen TeilnehmerInnen gingen am Nachmittag über den Ticker.

Kurz nach der Ankunft am Brandenburger Tor reihten wir uns in den bereits gestarteten Demonstrationszug ein, und schon zu diesem Zeit-

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«

Prof. Streack, Virologe der Universitätsklinik in Bonn

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte

punkt war die Energie der dortigen Menschenmenge spürbar. Immer wieder blieben wir entlang der Route stehen und beobachteten den vorbeiziehenden Menschen-

strom, vergeblich versuchend, uns zumindest einen groben Überblick über die enorme Menge an Menschen zu machen. Die Stimmung unter den Demonstranten war ausgelassen und friedlich. Aus den Wagen wummerten die Bässe und Melodien, zu denen gesungen und getanzt wurde. Während des Zuges taten viele Demonstranten – auf der Straße sowie auf den Lastwagen und Traktoren – ihre klare Abgrenzung von rechtsradikalen Ideologien kund.

Dennoch blieb es nicht aus, dass sich im Laufe des Tages den Abgrenzungen zum Trotz unter die Menge sehr vereinzelt Menschen mit Reichsflaggen mischten. Diese Gruppierungen stellten jedoch lediglich einen verschwindend kleinen Bruchteil der Teilnehmer dar. Diese Symboliken wurden erfolgreich von einer Vielzahl an LBGQ-Flaggen, Peace-Zeichen, StarWars sowie Friedenstauben-Bannern übertrumpft – und am Ende ist's alles ein Stück Stoff.

Weiterlesen Seite 3

29. August!

Die Demokratiebewegung lädt nun europaweit nach Berlin ein.

Die Demokratiebewegung um die Initiativen *Querdenken* und *Nicht ohne uns!* fordert erneut nach Berlin auf. Der Beginn wird am 29. August wiederum um 11 Uhr am Brandenburger Tor sein. Nach dem überwältigenden Erfolg der friedlichen Kundgebung »Das Ende der Pandemie« am 1. August schrieb der Stuttgarter Oberbürgermeisterkandidat Michael Ballweg im Namen von *Querdenken* am Mittwoch an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD).

»Guten Morgen, Herr Müller,

vielen Dank für Ihre freundliche Einladung, die wir gerne annehmen. Wir kommen gerne noch einmal nach Berlin.

Wir haben heute morgen eine Versammlung unter dem Titel »Berlin invites Europe – Fest für Freiheit und Frieden für den 29. August 2020« angemeldet.

Wir freuen uns auf ein großes Friedensfest. Sie sind herzlich eingeladen. Gerne können Sie ein paar Grußworte an die Teilnehmer richten.

Friedliche und freiheitliche Grüße, Michael Ballweg«

NICHTOHNEUNS.DE

Sommer der Demokratie
Auktionen, Wahlen, Republik

»ZWEI SCHÄNDLICHE VOKABELN« von Giorgio Agamben

Die Bezeichnungen »Leugner« und »Verschwörungstheoretiker« dienen einzig der Polemik gegen Kritiker der momentanen Notstandspolitik.

Mit dem Begriff »Corona-Leugner« sollen Menschen, die nicht verlernt haben, selbst zu denken, in die Nähe von Antisemiten gerückt werden – praktischerweise, ohne dass dieser implizite Vorwurf nachgewiesen werden müsste. Was die »Verschwörungstheorien« betrifft, so liegt auf der Hand, dass in der Geschichte immer wieder Machtgruppen ihre Ziele mit allen Mitteln zu erreichen versuchten, und dabei ihre wahren Motive und Strategien im Verborgenen hielten. Solche Vorgänge aufzudecken, ist klug und notwendig, die Existenz solcher geheimen Agenden der Politik zu leugnen, dagegen dumm oder manipulativ.

In den Polemiken während des Gesundheitsnotstands sind zwei schändliche Vokabeln aufgekommen, die allem Anschein nach einzig dem Ziel dienen, diejenigen zu diskreditieren, die angesichts der Angst, die die Geister gelähmt hatte, weiterhin darauf beharrten zu denken: »Leugner« und »Verschwörungstheoretiker«.

Über die erste lohnt es nicht, viele Worte zu verlieren, insofern, als sie in unverantwortlicher Weise die Judenvernichtung und die Epidemie auf eine Ebene stellt.

Wer sie benutzt, beweist damit, bewusst oder unbewusst diesem Antisemitismus anzuhängen, der gegenwärtig sowohl im rechten als im linken Lager in unserer Kultur so verbreitet ist. Wie zu Recht gekränkte jüdische Freunde vorschlugen, wäre es angemessen, dass sich die jüdische Gemeinschaft zu diesem unwürdigen terminologischen Missbrauch äußert.

Hingegen lohnt es sich, beim zweiten Begriff zu verweilen, der von einer wirklich überraschenden Unkenntnis der Geschichte zeugt. Wer mit der Forschungstätigkeit der Historiker vertraut ist, weiß sehr wohl, dass die Ereignisse, die diese rekonstruieren und erzählen, notwendigerweise die Frucht geplanter und sehr oft konzertierter Aktionen von Individuen, Gruppen und Parteien sind, die mit allen Mitteln ihre Ziele verfolgen.

Drei Beispiele unter Tausenden anderen Möglichkeiten, von denen jedes das Ende einer Epoche markiert und den Beginn einer neuen historischen Periode eingeläutet hat: Im Jahr 415 vor Christus setzt Alkibiades sein Ansehen, seine Reichtümer und jede erdenkliche List ein, um die Athener zu überzeugen, eine Expedition nach Sizilien zu unternehmen, welche sich später als desaströs erweisen und mit dem Ende der Macht Athens einhergehen soll. Seine Feinde nutzen ihrerseits die Verstümmelung der Hermesstatuen, die sich ein paar Tage vor dem Aufbruch der Expedition ereignet hatte, heuern falsche Zeugen an und verschwören sich gegen ihn, damit er wegen Gottlosigkeit zum Tode verurteilt werde.

Am 18. Brumaire (9. November) 1799 stürzt Napoleon Bonaparte – der doch seine Treue zur Verfassung der Republik erklärt hat – mittels eines Staatsstreichs das Direktorium und lässt sich zum Ersten Konsul mit allen Befugnissen erklären, womit er der Revolution ein Ende setzt. In den vorangehenden Tagen hatte sich Napoleon mit Josef Emmanuel Sieyès, Joseph Fouché und Luciano Bonaparte getroffen, um die Strategie zu planen, die es erlaubt hätte, die erwartete Opposition des Rats der Fünfhundert zu überwinden.

Am 28. Oktober 1922 findet der Marsch auf Rom von etwa 25.000 Faschisten statt. In den Monaten, die dem Ereignis vorausgehen, nimmt Benito Mussolini, der es mit den zukünftigen Triumvirn Cesare Maria De Vecchi, Emilio De Bono und Michele Bianchi vorbereitet hat, Kontakt zu Luigi Facta, dem Präsidenten des Ministerrats, zu Gabriele D'Annunzio und zu Vertretern der Geschäftswelt auf – einigen zufolge habe er sich sogar heimlich mit dem König getroffen –, um mögliche Allianzen und eventuelle Reaktionen auszu-

Weiterlesen in rechter Spalte

Wir



Zum Geleit EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Mit dieser 15. Ausgabe unserer Wochenzeitung blicken wir auf das Große Augustwochenende der Demokratiebewegung zurück, danach gehen wir planmäßig 1 Woche in Redaktionsurlaub.

Wir sind die Redaktion des Demokratischen Widerstandes (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierbaren und erpressbaren Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose Liberale verschiedener Couleurs, MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Exemplaren und als E-Paper unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition in der Bundesrepublik 2020.

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben, wie dieses eingerichtet wird. Wir erleben den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits das Leben genommen. Viele andere Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – Die DW-Redaktion

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« gern an KDW/Lenz, IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

For reports in foreign languages see page 8 of last issue. – We are liberals, publishers and journalists from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not that what the may seem abroad. During Corona they have taken a pre-fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for are work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press, organizations and colleagues abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

loten. Als eine Art Generalprobe besetzen die Faschisten am 2. August militärisch Ancona.

Bei allen drei Ereignissen haben zu Gruppen oder Parteien zusammengeschlossene Individuen mit Entschlossenheit agiert, um die Ziele zu realisieren, die sie sich gesetzt hatten, wobei sie sich von Angesicht zu Angesicht mit mehr oder weniger vorhersehbaren Ereignissen maßen und die eigene Strategie an diese anpassten. Gewiss hatte – wie bei allen menschlichen Unternehmungen – der Zufall seinen Anteil. Aber die menschliche Geschichte mit dem Zufall erklären zu wollen, entbehrt jeden Sinn – und kein ernsthafter Historiker hat es je getan.

Es ist nicht notwendig, deswegen von einer »Verschwörung« zu sprechen, aber es ist gewiss, dass derjenige, der die Historiker als Verschwörungstheoretiker bezeichnete, die versucht haben, die zugrunde liegenden Plots und deren Durchführungen im Detail zu rekonstruieren, einen Beweis seiner Unwissenheit, wenn nicht gar Idiotie lieferte.

Deshalb ist es umso verblüffender, dass man darauf beharrt, es zu tun, in einem Land wie Italien, dessen jüngere Geschichte in einem solchen Maße das Produkt von Intrigen und geheimen Gesellschaften, Manövern und Verschwörungen aller Arten ist, dass es den Historikern nicht gelingt, vielen entscheidenden Ereignissen der vergangenen fünfzig Jahre von den Bomben auf der Piazza Fontana bis zum Fall Aldo Moro auf die Schliche zu kommen. Das ist einem solchen Maße wahr, dass selbst Francesco Cossiga als Präsident der Republik seinerzeit erklärt hat, aktiv an einer dieser Geheimgesellschaften, bekannt unter dem Namen Gladio, mitgewirkt zu haben.

Was die Pandemie angeht, zeigen Untersuchungen, dass sie gewiss nicht unerwartet gekommen ist. Wie das Buch *Tempêtes microbiennes* von Patrick Zyberman überzeugend dokumentiert, hatte die Weltgesundheitsorganisation schon 2005 anlässlich der Vogelgrippe ein Szenario wie das gegenwärtige als einen Weg für Regierungen vorgeschlagen, sich des bedingungslosen Rückhalts der Bevölkerung zu versichern.

Bill Gates, der der wichtigste Finanzier dieser Organisation ist, hat bei mehreren Gelegenheiten seine Gedanken zu den Risiken einer Pandemie dargelegt, die gemäß seinen Voraussagen Millionen von Toten brächte und gegen die man sich wappnen müsste. So hat im Jahr 2019 das amerikanische Johns-Hopkins-Zentrum im Rahmen eines von der Bill and Melinda Gates Foundation finanzierten Forschungsprojekts eine »Event 201« genannte Simulationsübung der Coronapandemie organisiert, die Experten und Epidemiologen zusammenbrachte, um eine koordinierte Reaktion für den Fall des Erscheinens eines neuen Virus vorzubereiten.

Wie stets in der Geschichte gibt es auch in diesem Fall Menschen und Organisationen, die ihre rechtmäßigen und unrechtmäßigen Ziele verfolgen, und sie mit allen Mitteln zu realisieren versuchen, und es ist wichtig, dass derjenige, der verstehen will, was geschieht, sie kennt und gedanklich berücksichtigt.

Von einer Verschwörung zu sprechen, fügt der faktischen Realität daher nichts hinzu. Aber diejenigen als Verschwörungstheoretiker zu bezeichnen, die versuchen, die historischen Ereignisse als das zu erkennen, was sie sind, ist schlechterdings infam.

Professor Giorgio Agamben lehrt in Paris und Venedig. Er gilt als wichtigster Philosoph der Gegenwart.

Dieser Text erschien unter dem Titel »Due vocaboli infami« zuerst auf Quodlibet. Er wurde von Thorsten Schewe vom Online-Magazin rubikon.news übersetzt und dort auf Deutsch erstveröffentlicht.

DIE PANDEMIE IST VORBEI.

Fortsetzung von Seite 1

Als wir dann den Ort der Kundgebung – die Straße des 17. Juni – erreichten, war dieser Bereich bereits hoffnungslos überfüllt und daher gesperrt.

Die Polizei leitete die restlichen Demonstranten über die seitlichen Grünstreifen an der Absperrung vorbei und so bahnten auch wir uns einen Weg durch das Grün zur Bühne. Bei Eröffnung der Kundgebung sprach sich der Veranstalter Michael Ballweg eindeutig gegen jedwede menschenverachtenden Positionen aus und erntete dafür tosenden Applaus, der bis zum Horizont ragenden Menschenmasse. Vielen anderen geplanten Rednern und KünstlerInnen wurde leider die Stimme verwehrt. Gerade als Ballweg das Mikrofon ergriff und Dr. Bodo Schiffmann mit seiner neuen Partei »Wir 2020« anzukündigen versuchte, betraten eine Handvoll Polizisten die Bühne und erklärten die Veranstaltung aufgrund der Nichteinhaltung der Hygiene-Maßnahmen für aufgelöst. Trotz der technischen Verstärkung durch mächtige Boxen ertranken die Worte des in diesem Moment nicht zu beneidenden Menschen in Uniform in der akustischen Flut und Gischt der Pfliffe und Buhrufe aus rund einer Million Kehlen.

Bemerkenswert war, dass bereits einige Zeit vorab die Meldung über die angebliche Auflösung der Demonstration in verschiedenen Online-Live-Tickern liefen. Ein Schelm, wer dabei Böses vermutet. Ab diesem Zeitpunkt fing die Menschenmenge an, sich etwas zu zerstreuen. Der weitaus größte Teil verharrte weiter bei der Bühne, sich weigernd, trotz der verhängten Entfernungspflicht vom Acker zu machen. Ein großer Teil flutete die Bundestagswiese um sich daraufhin daran zu machen, das Bundeskanzleramt zu umzingeln und »Angela, das Volk ist da« und »Vorbei, vorbei, die Pandemie ist vorbei« zu singen.

Wie immer man diesen denkwürdigen Tag auch in der Retrospektive betrachtet, man kommt nicht umhin zu bemerken, dass der 1. August nur mit Superlativen adäquat zu beschreiben zu ist. Die Versuche der Regierungspresse, den Elefanten in ein Hundehäuschen zu quetschen – also den Brocken einer Million auf das Partikel von lachhaften 20.000 zu komprimieren – gleichen einem Meisterstück der kognitiven Dissonanz oder des Vermögens, ohne Wangenrötung mit einer historisch beinahe beispiellosen Dreistigkeit zu lügen.

REGIERUNG LÜGT ALLE AN

Doch was bleibt vom ersten August 2020? Welche Früchte mag dieser Tag eines – weiteren, baldigen! – Tages tragen? Kann sich Siegesicherheit allein auf die Zahl der Teilnehmer stützen? Haben sich in der jüngsten Vergangenheit restriktive Vorhaben von der bloßen – einmaligen – Massenpräsenz auf der Straße abhalten lassen? – Nein, Zahlen alleine zählen nicht, sondern das, was hinter diesen Zahlen steht. Wie ist es um die Geisteshaltung, die Krisengeschmeidigkeit und um den Veränderungswillen des oder der Einzelnen bestellt? Was setzen die Demoteilnehmer nach der Heimfahrt in ihrem Wirkungsradius

fort, damit dieses Happening nicht wie ein gigantischer Sommerregen versickert, bei dem sich die Konstrukteure, die privilegierten Handlanger und die fanatischen Profllügner des Corona-Regimes lediglich kurz wegdrücken müssen? Was ist des langfristigen Wandels Quelle, dessen steter Tropfen den Stein unseres jetzigen Systems aushöhlt? Wie generiert man statt Schnappatmungen durch kurz frequentierte Empörung-Kaskaden die Lungenkapazität für den notwendigen, langen Atem, der die entgegenwehenden und drehenden Windräder zum Stillstand bringt?

Mit einer kurzen Phase des Aufbegehrens ist es weiß Gott nicht getan! Das beweist der Widerstand gegen das DDR-System, an den sich an diesem Tag viele Ostdeutsche erinnert fühlen, wie wir in persönlichen Gesprächen erfahren. »Ich hätte nicht gedacht, dass ich nach '89 nochmal für Freiheit auf die Straße gehen muss«, erzählte uns ein ostdeutscher Demokrat.

BEIM NÄCHSTEN MAL FÜNF MILLIONEN

Es ist an uns allen, dafür Sorge zu tragen, dass der Geist der Freiheit, der nun aus der Flasche entwichen ist, sich nicht erneut zu einem Poltergeist der Ungleichheit verwandelt, sondern dass es uns dieses mal gelingt, den Revolutionsprozess konsequent zu gestalten, sodass ein Gesellschaftsgefüge entsteht, welches ein hoch angesetztes Mindestmaß an Gerechtigkeit und direktdemokratische Strukturen gewährleistet – und vielleicht eines Tages wirklich die »blühenden Landschaften« hervorbringt, die Helmut Kohl uns bis zu seinem Tod schuldig geblieben ist. Nun ist es an uns!

Der erste Etappensieg wartet am 15. August 2020 auf uns, weil da nach Ende der Inkubationszeit von 14 Tagen final bewiesen wird, was die BLM-Demo im Juni unlängst bewies; das dacht aneinander gedrängte, unmaskierte Demonstrieren löst keine Welle an Neuinfektionen aus! Und so sehr noch darüber zu diskutieren wird, was der Einzelne tun kann und muss, so lässt sich doch zumindest konstatieren, was jeder einzelne derjenigen, die an diesem überaus bedeutsamen Tag in Berlin zugegen waren, nicht tun wird. Er oder sie wird einen Teufel tun, sollte erneut auf Grundlage einer zweiten von null Wellen verkündet werden, man müsse zuhause bleiben und vom Home-Office aus beobachten, wie die eigene Existenz den Bach runtergeht. Niemand, der an diesem Tag in Berlin war, wird widerstandslos das Hoheitsgebiet über den eigenen Körper aufgeben.

Die Geschichte konstruiert sich aus alledem, was die Menschen tun und nicht tun. Soll der Lauf der vor uns liegenden Geschichte zu unseren Gunsten verlaufen, so sind wir angehalten, das Richtige zu tun und das Falsche zu unterlassen. Die Taten sind die Tinte, mit der Geschichte geschrieben wird. Und da Geschichte bekanntermaßen von den Siegern geschrieben wird, müssen wir Demokraten die Strategien des Siegens erlernen. Wir werden siegen!

KÖNIG SPIELEN?

Über die Corona-Absolutisten – von Hendrik Sodenkamp

Es war abzusehen. Hunderttausende zogen durch Berlin, ein Querschnitt der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Diese Menschen gingen für die Grundrechte, Wissenschaftlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und eine fortschrittliche Verfassungserneuerung in Berlin auf die Straße. Unter den Hunderttausenden auch ein paar mit Insignien von vorgestern. Und selbstverständlich stürzten sich die Kameras der großen Medienbetriebe auf die Herrschaften, welche in einer geträumten großen Vergangenheit schwelgen. Demokratie und Wissenschaftlichkeit sind einfach zu langweilig und man kann sich da nicht so wohlgruseln.

PERVERSE LÜGENSCHWEINE WOLLEN SICH GRUSELN?

Als die Monarchisten vor dem Bundestag zu sprechen anfangen, liefen die Leute davon. Wegen solcher Fantastereien von kaum drei Dutzend Leuten war man nicht gekommen, sondern für das Grundgesetz. Viele hatten die Fahnen entweder vorher mit Abneigung akzeptiert, oder wie beim Wagen der *Freedom Parade* darum gebeten, sie herunterzunehmen. Es war schlicht kein Vernichtungswille in der Versammlung da, die Leute gibt es eben. Den Reden lauschen? Aber, nein danke.

Die meisten der Hunderttausenden waren wegen der Grundrechte gekommen, aber in der medialen Berichterstattung wurden die Demonstranten bis auf ganz wenige Ausnahmen auf ihre körperlichen Funktionen reduziert. Virenschleudern und nicht mündige Bürger mit einer politischen Position.

Es fühlte sich zum Teil an, als ob man von den Herrschaften wie im Zoo begafft wurde. Ein demokratisches Menschenbild, welches auf Sprache und Argumenten beruht, sieht anders aus. Es wäre schön gewesen, am Start der Kundgebung wissenschaftliche Stimmen zu hören, die das klar gemacht hätten.

Die Stellungnahmen der Berufspolitiker ließen dann aber tief bli- cken. Der Bun-

despräsident meldete sich noch vor seinem Urlaub zu Wort. »Die Verantwortungsllosigkeit einiger weniger ist ein Risiko für uns alle«, behauptete er und meinte damit wahrscheinlich nicht die Polit- und Medienriege, die sich vom Begriff von Verhältnismäßigkeit verabschiedet hat, sondern uns und jeden, der mal keine Lust hat, eine Maske aufzusetzen. Ein Schutz der Risikogruppe »Demokraten« sieht anders aus.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erhob sich in der *RBB-Abendschau* gar in der Rolle eines abgestammelten Fürsten, der uns Bürgern die Verfassung und die Versammlungsfreiheit gegeben hätte; er könne sie ja auch wieder zurücknehmen. Dann fantasierte er noch »Randale« herbei und empörte sich über alle Maßen darüber, wie Leute es wagen könnten, nicht die Regierungsverlautbarungen zu Corona zu glauben.

[WWW.NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS:
250 EXPERTISEN ZU CORONA](http://WWW.NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS:250)

»Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als um einen Fehlalarm handelt. Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung.«

Oberregierungsrat Stephan Kohn in seinem Bericht an den Bundesinnenminister vom 08. Mai 2020. Kohn ist Ministerialbeamter im Bundesinnenministerium, Referat »Schutz kritischer Infrastrukturen« und Preisträger der Republik



**»20.000«? »Pandemie«?
»Diese Leute aus Stuttgart
und Frankfurt«? –**

Michael Müller (SPD), nachweislich ein Lügner und Verfassungsbrecher, aber derzeit noch amtierender Bürgermeister der Stadt Berlin; hier als Corona-König im Gewand Ludwig des Vierzehnten.

Bildmontage:
Ute Feuerstacke

Es passiert etwas

Aus Berlin ging ein Zeichen der Liebe und des Friedens in die Welt: Am 1. August 2020 versammelten sich nach Polizeiangabe hat begonnen, die Menschen in Deutschland verständigen sich neu. EIN BLICK ZURÜCK UND ZWEI NACH VORN von Anselm

Es war die größte bekannte Demonstration in der deutschen Geschichte. Der Zug der Demokratiebewegung, unter dem Motto »Das Ende der Pandemie«, begann planmäßig um 11 Uhr am Brandenburger Tor und zog vier Stunden bei strahlendem Sonnenschein durch Berlin, um schließlich die Hauptkundgebung auf der prall gefüllten Straße des 17. Juni abzuhalten, auf der hunderttausende Menschen klar erkennbar waren. Es sind Bilder, die seither um die Welt gehen. In mehreren Polizeimeldungen wurden 1,3 Millionen Menschen genannt. Teilnehmer und Journalisten schätzten teilweise noch erheblich mehr.

»Freie Presse für freie Menschen«, forderten die Berliner wie am 4. November 1989, als sich etwa eine Million versammelt hatten. Erinnerungen an die Demonstration zur Beendigung des Vietnam-Krieges wurden angesichts der vielen Friedenstauben und Regenbogenfahnen wach. Am 4. November 1969 hatten sich 250.000 Menschen in der US-amerikanischen Bundeshauptstadt Washington versammelt. Bilder von der Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten 1983 kamen einem in den Sinn. 2015 gingen Menschen aus ganz Deutschland gegen das Sozialdumping-Programm TTIP auf die Straße, das daraufhin fallengelassen werden musste. Die letzte politische Großkundgebung in Berlin war 2018 die Unteilbar-Demonstration, die offiziell ca. 250.000 Teilnehmer hatte.

Am Samstag waren auch die Landesfahnen aller Nationen des Planeten zu sehen. Ein Zeichen der Liebe und des Friedens ging aus Berlin in die ganze Welt. Präsentiert wurden häufig auch Fahnen der Länder Schweden und Belorussland, wo es praktisch keine Restriktionen gegen Corona gibt, ohne dass dies negative Folgen hätte.

NEUE DEMOKRATIEBEWEGUNG

Die neue Demokratiebewegung in Deutschland moniert, dass unter dem Notstandsregime sämtliche Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden, darunter die Versammlungs-

freiheit, die Freiheit der Wissenschaft, eine funktionale Pressefreiheit und das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. »Warum trampelt Ihr auf unseren Grundrechten herum?«, fragten Teilnehmer auf ihren Transparenten der von den Demokratiebewegungen *Querdenken* aus Stuttgart und *Nicht ohne uns!* aus Berlin initiierten Massenkundgebung. Die Demokratiebewegung hat zwar schon viele Lockerungen und eine teilweise Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit für alle Menschen erreicht, gefordert wird aber vollständige Aufklärung und Diskussion sämtlicher Stimmen aus der Wissenschaft.

Den Begründungen für die Restriktionen unter Corona werden schulmedizinische Analysen gegenübergestellt, wie jene der Virologen Professor John Ioannidis und Professor Sucharid Bhakdis, die zusammen mit tausenden weiteren Fachleuten die Erklärung für die Auslösung der globalen Angst vor Corona in politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Interessen begründet sehen – und weniger als medizinisches Phänomen. Ihre Expertisen sind mit jenen von mindestens 250 weiteren Wissenschaftlern unter nichtohneuns.de/virus abrufbar.

GEISEL LÄSST MIKROPHON ABDREHEN

Rechtsanwalt Markus Haintz warnte vor der Möglichkeit eines »neuen Faschismus« unter dem Deckmantel von Corona. Mehrere Rednerinnen wiesen darauf hin, dass ein umfassender Angriff auf alle Bereiche des Lebens stattfinde und der wirtschaftliche Nutzen ausschließlich bei Globalkonzernen aus dem digitalen Handel und der Pharmalobby liege – zum Leidwesen von Milliarden von Menschen weltweit. Soziale und ökologische Verbesserungen stünden durch die Corona-Regierung für niemanden in Aussicht.

Als Dr. med Bodo Schiffmann um 16 Uhr 45 an den Stufen zur Bühne zwischen Siegestsäule und Brandenburger Tor stand, um zu sprechen, ließ der Berliner Innensenator Andreas Geisel

(SPD) das Mikrofon abdrehen und von Polizeitruppen die Bühne stürmen. Dr. Schiffmann ist praktizierender Arzt und Vorsitzender der neuen Partei »Wir 2020«, die berlin- und bundesweit bei Neuwahlen antreten wird.

Dutzende Polizisten in schwarzer Montur standen auf der nach beiden Seiten hin offenen Bühne nun der schieren Masse der Demonstrantinnen und Demonstranten der Demokratiebewegung zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule gegenüber. Im Massensprechchor rief die Menge auf der Straße des 17. Junis »Diktatur, Diktatur!«. Die Situation schien bedrohlich zu werden. Die Polizei hätte gegen das Volk nicht den Hauch einer Chance gehabt.

DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFT

Doch die Demokratiebewegung bewies erneut ihre Friedfertigkeit und setzte sich unter den Rufen, »schließt euch an, schließt euch an!«, im Schneidersitz zu Boden. Zwischenzeitlich hatten Demonstrantinnen die Beamten in der Sommerhitze sogar mit Trinkwasser versorgt, da deren Nachschub nicht organisiert worden war. Gesprochen werden konnte auf der Bühne nicht mehr, doch die Feierlichkeiten gingen bis in die Nacht, wo am Brandenburger Tor mit einem Feuerwerk das Ende der Pandemie proklamiert wurde: Der Souverän hat entschieden. Gegen Innensenator Geisel laufen nach Angaben verschiedener Quellen bereits mehrere Klagen.

Solidarität wurde am Abend sowohl mit den verheizten Polizeibeamten wie auch den Betroffenen des Berliner Cafés »Syndikat« laut. Gegen das Neuköllner Kiezcafé hatte der Berliner Senat am Samstagabend noch einen weiteren massiven Polizeieinsatz durchführen lassen, um den stadtbekanntesten berlinertypischen Treff für Senioren, Punks und Hundehalter abwickeln zu können – das lässt der »rot-rot-grüne« Berliner Senat unter dem Vorwand umsetzen, dass es Probleme mit dem

Mietstatus gebe. Ein Problem, dass spätestens seit dem Corona-Fiasko nun die ganze Stadt betrifft.

Am Sonntag fanden etliche weitere Kundgebungen auf dem ganzen Berliner Stadtgebiet verteilt statt. Wegen der Folgen des Corona-Regimes insbesondere für Angestellte, Arbeiter, Freiberufler, Beamte, Händler und Tagelöhner, ist am 2. August die Demokratische Gewerkschaft (DG) im Berliner Mauerpark gegründet worden. An Ort und Stelle trugen sich 62 Beschäftigte aus allen Sektoren der Wirtschaft in die Gründungsliste ein. Noch am Sonntagabend schlossen sich sehr erfahrene Gewerkschafter der Neugründung an. Am Montagabend ging die Seite demokratischegewerkschaft.de online.

Das Große Augustwochenende war bereits am Freitagabend mit einer Auftaktkundgebung von *Nicht ohne uns!* und den Ärzten für Aufklärung eingeleitet worden. Für die Ärzteorganisation sprach der Preisträger der Republik, Dr. Walter Weber. Auf dem Platz der Republik vor dem Bundestag wurde klargestellt, dass die gesamte Demokratiebewegung klar auf ein demokratisches, friedliches und menschenfreundliches Deutschland orientiert ist, in dem auf Basis der Menschenrechte jeder Mensch als vollwertige Persönlichkeit respektiert wird.

VERFASSUNG UND VOLKSENTSCHIED

Angeregt wurde eine Verfassungsgebende Versammlung auf Basis des Grundgesetzes. Die Menschen der Bundesrepublik verständigen sich neu und erneuern ihre Verfassung mit der Erweiterung um Unabhängigkeit, Volksentscheide, imperatives Mandat sowie einer basisdemokratisch und transparent verhandelten Wirtschaftsrahmengesetzgebung. Damit soll das verfassungsbrüchige *Interregnum* beendet und die friedliche Revolution von 1989 nach 31 Jahren vollendet werden.



in Deutschland...

n vom Sonnabend 1,3 Million Menschen in der Bundeshauptstadt gegen das Corona-Regime. Der »Sommer der Demokratie«

von Lenz und Batseba N'Diaye, Berlin

Nach der Mainzer Stadtrepublik, der Münchner Rätorepublik, der Weimarer Republik, der Deutschen Demokratischen und der bestehenden Bundesrepublik wird demnach die Freie Bundesrepublik Deutschland die Sechste Republik auf deutschem Boden sein. Es gehe darum, soziale Grundrechte und Freiheitsrechte auf demokratischem Fundament festzuschreiben.

Es gehe auch darum, frühzeitig Tendenzen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen vorzubeugen, die als Folge des Wirtschaftseinbruchs auftreten können und den rechtsfreien Raum, in dem Bundes- und Landesregierungen derzeit handeln, Föderalismus und verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen. Der Finanzmarktkapitalismus zeigte bereits seit Mitte 2019 erhebliche Zusammenbruchstendenzen, unter anderem in Form von Negativzinsen.

ZEITUNG ALS MUNDSCHUTZ

Auch die Kundgebung am Freitagabend war beim Marsch durch Berlin mehrfach auf der Strecke polizeilich angehalten worden, um die Teilnehmer zum Anlegen eines Mundschutzes zu zwingen. Die reagierten damit, dass sie sich während des Umzuges über den Bebel-Platz weiter zum Rosa-Luxemburg-Platz die neue Ausgabe der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* vor den Mund hielten. Schlagzeile: »Hier ist die Demokratie!« Einer Gegenkundgebung von etwa 15 Berliner Parteipolitikern, die sich das historische Symbol der »Antifa« auf überdimensionierte Pläne gedruckt hatten, riefen die etwa 1.800 Teilnehmerinnen des Aufzuges spontan »Nazis raus!« ent-

gegen – womit durchaus diese Leute gemeint waren.

Seit dem 28. März auf dem Rosa-Luxemburg-Platz, wo Senator Geisel erstmals Polizistinnen und Polizisten instrumentalisiert hatte, um Menschen gezielt festnehmen zu lassen, die gedruckte Ausgaben ihres Grundgesetzes offen bei sich trugen, kommt es immer wieder zu Übergriffen von Seiten des Staates auf Oppositionelle und Journalisten. Sogar Kirchen wurden zwangsweise geschlossen. Gemeinnützige Organisationen wie *netzpolitik.org* und Reporter Ohne Grenzen weisen darauf immer wieder hin.

Am Dienstag wurde bekannt, dass der Nationalspieler des deutschen Basketballteams, Joshiko Saibou, von seinem Bonner Profiteam gekündigt wurde. Der Club wird von der Deutschen Telekom AG finanziert. Gemeinsam mit seiner Gattin, der Leichtathletin Alexandra Wester, unterstützt der Profisportler mit togolesischen Wurzeln von Beginn an die Kundgebungen für Grundgesetz und Aufklärung.

MENSCHENBILD DES REGIMES

Der regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), äußerte am Sonntagabend im regionalen Regierungsfernsehen rbb, dass »diese Leute« gekommen seien, um »Randale« zu machen; sie hätten »ein Demonstrationsrecht auf Grundlage von Hygieneregeln« von der Obrigkeit geschenkt bekommen, »die sie missachten«. Doch gegen genau diese Hygieneregeln, deren Begründung und die damit verbundene absolutistische Macht des Staats- und Konzernapparates richten sich die Demonstrationen.

Erneut äußerte Müller, dass mit Demonstrationen ohne Mundschutz die »Gefährdung von Leben« verbunden seien und nannte den Begriff »Fakten«. Doch genau jene will die De-

mokratiebewegung ja in bester republikanischer Debatte ergebnisoffen diskutiert wissen – unter Einbindung aller wissenschaftlicher Stimmen, nicht nur jenen von der Regierungsbehörde Robert-Koch-Institut (RKI). Das wird indes schwierig, wenn Mediziner das Mikrofon abgestellt wird, die oppositionelle Meinungen etwa zum Impfwang vertreten und dagegen auf dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten über den eigenen Körper bestehen.

So erscheint Menschen wie den Athleten Saibou und Wester »Corona« als Versuch der Gleichschaltung im rechtsfreien Raum seit Aussetzung der Verfassung durch das Kabinett Merkel am 25. März 2020. Der Oberregierungsrat Stephan Kohn, Zuständig im Bundesinnenministerium für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz, hat im Mai einen rund 200-Seitigen Bericht vorgelegt, in dem er minutiös darlegt, mit Corona werde der Staat »zum größten Fake-News-Produzenten« aller Zeiten.

ZIVILCOURAGE GEFRAGT

Um weitere Menschen wie Kohn und die Profisportler zu ermutigen, zu ihrer unabhängigen Meinungsbildung stehen zu können, wurde bereits am Freitag bei der Kundgebung von Nicht ohne uns! vor dem Bundestag die Initiative *mutigmacher.org* vorgestellt. *Mutigmacher.org* stellt für sogenannte Whistleblower aus dem Inneren der Medienszene, dem Staatsapparat, den Krankenhäusern und den unter Druck gesetzten Wissenschaftseinrichtungen ein in jeder Hinsicht abgesichertes und diskretes Umfeld her.

Es wäre wichtig, dass sich beispielsweise Polizisten und viele Krankenhausärzte nicht nur hinter vorgehaltener Hand äußern, weil sie Angst vor Unterdrückung haben. Auf zentralstaatliche Anweisung hin wurde noch im Laufe des Samstags die Polizeiangabe von

1,3 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration auf 20.000 reduziert. Die Zahl wird seit her von den großen Staats- und Konzernmedien wider besseres Wissen kolportiert. Jeder, der am Samstag auch nur ein paar Minuten in Berlin war, weiß, dass diese Zahl um Zehnerpotenzen und absichtlich gelogen ist. Es wäre wichtig, dass auch einem Polizisten nun einfach mal öffentlich der Kragen darüber platzt, was hier mit ihm und uns allen gemacht wird. Für die Konsequenzen steht Mutigmacher ein. Die deutsche Verfassung regelt in Artikel 20 Absatz 4 das Widerstandsrecht gegen verfassungsbrüchige Regierungen oder Abschaffungsversuche der Grundrechte, wie sie in den ersten 20 Artikeln fixiert sind.

Für kommendes Wochenende hat sich nun zunächst mal ein großer Protestmarsch der Kunstschaffenden in Berlin angekündigt, der sich gegen die Schließung unserer Theater, die Zerstörung von Existenzen und auch gegen das wahnhaftige Singverbot in der Berliner Hygiene-Ermächtigungsgesetzgebung in Artikel 5 Absatz 1 der Infektionsschutzverordnung besagt: »In geschlossenen Räumen darf nicht gemeinsam gesungen werden.«

Die friedliche Demokratiebewegung versammelt sich weiterhin bundesweit und wird nicht weichen, bis alles aufgeklärt ist. Für die nächste Großkundgebung in Berlin haben sich bereits die französischen Gelbwesten angekündigt, die dem Kabinett Merkel und der deutschen Präsidentschaft der EU-Kommission ihre Grüße bestellen möchten.

Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW) ist aus einem informativen Flugblatt zum Corona-Regime in kürzester Zeit zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik geworden. Sie wird wöchentlich bundesweit vertrieben ist dafür auf Spenden angewiesen an IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69 oder patreon.com/demokratischer_widerstand. Dieser Artikel erschien vorab auf kenfm.de

Foto: Eva Huber



BERLINER GLÜCKSHORMONE GRÖßTE DEMO ALLER ZEITEN

Uns kann man nicht mehr länger ignorieren und belächeln – von Hermann Ploppa

Viel Herz und kritischer Verstand unter den Demonstrantinnen und Demonstranten – von Murat Akgöz

»Oh, wie ist das schön, oh wie ist das schön. Sowas hat man lange nicht mehr gesehen.« Solche einfachen Verse stimmten diesmal nicht Fußballfans an. Das war vielmehr Berlin. Auf den Demonstrationen und Kundgebungen der Kritiker des Corona-Regimes am 1. August. Die Stimmung wird niemand vergessen. Da versammelten sich zwischen 400.000 und 800.000 Teilnehmer – und womöglich sogar noch mehr, die Diskussion und Nachzählungen laufen ja.

Die genaue Teilnehmerzahl ist dabei aber völlig wurscht. Eine unglaubliche Anzahl an Menschen waren wir. Zudem bedeutend mehr Teilnehmer, als der Berliner Senat erwartet hatte.

Die »Rot-Rot-Grüne« Stadtregierung steckte ihre wenigen Polizisten in ungeeignete Ausrüstung für die Kundgebung der Hunderttausenden zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule. Die Polizisten waren zwar in der Lage, die Bühne zu kapern und die Veranstalter von der Bühne zu zerren. Die Hunderttausenden zu verjagen, dafür reichten die Mittel nicht. Und so blieben die Kundgebungsteilnehmer einfach auf dem Platz – und machten dann eben ihr eigenes Programm!

Keiner ist nach dem Lockdown auf der Bühne traurig und verbittert nach Hause gegangen. Die Teilnehmer der Anti-Corona-Regime-Kundgebungen sind erst seit drei Monaten aktiv. Sozusagen zwangspolitisiert vom Merkel-Regime. Sie lernen im Crashkurs das Handwerk des politischen Widerstands. Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft und stehen mitten im Leben. Als die Polizei versucht, die riesigen Menschenmassen von der Siegessäule her aufzureiben, weichen die Demonstranten vor der Gewalt zurück. Um dann sofort die Reihen wieder zu schließen. Entnervt muss die unterbesetzte Polizei das Hase und Igel-Spiel aufgeben. Die Polizisten spüren, dass sie es hier mit ehrlichen Menschen zu tun haben und nicht mit gewaltgeilen Radaubrüdern. Nach gegenseitiger Gewöhnungsphase winken einzelne Polizisten in die friedfertige Masse. Ein riesengroßes Gandhi-Poster aus der Menge besänftigt.

HISTORISCHER TAG

Die eigentliche Sensation dieses denkwürdigen Tages sind nicht die Prominenten auf der Bühne, sondern die wunderbaren Menschen auf dem Gelände. Unzählige Kleingruppen bilden sich. Tanzen, Trommeln, Meditation, Diskussion, Jonglage – oder was möchten Sie? Das Entscheidende ist, hier und jetzt dabei zu sein. Friedlich, humorvoll, kreativ. Ein gegenseitiges freudiges Überraschen und Beschenken mit Aufmerksamkeit und Liebe. Während der ganzen Zeit fällt kein böses Wort.

An diesem historischen Tag sind hunderttausende Menschen und Seelen

zusammen mehr als die Summe ihrer Teile. Das geschah bislang selten bei politischen Demonstrationen. Die Reaktion der Gegenseite, also der Vollstrecker der Corona-Diktatur, war abzusehen. Sie zeigen sich als miserable Verlierer, diese Zeugen Coronas. Sie setzen ihre gesamten Ressourcen dafür ein, die offen auf dem Tisch liegenden Tatsachen zu leugnen. Nein, nein: es waren nur 17.000 Teilnehmer, später hieß es dann gnädig, 20.000!

»Bizarr« sei die Demo gewesen, findet ausgerechnet jenes Blatt, das auf den vier Buchstaben sitzt. »Hippies, Profi-Sportler und Rechtsradikale« hätten sich zwischen Siegessäule und Brandenburger Tor ein Stelldichein gegeben. Zumindest bezüglich Rechtsradikalismus kennt sich das Vierbuchstabenblatt sicher ganz gut aus. Ein Akt von Projektion? Vielleicht sollten die völlig verlogenen »Qualitätsmedien« ihr eigenes Personal mal ein wenig nach bräunlichen Mitarbeitern durchkämmen. Nur mal so eine kleine Anregung.

Irgendwie lügen die Politiker und die Mainstreammedien nicht nur uns die Hucke voll. Vielmehr scheinen sie sich auch selber in die Taschen zu lügen. Es sollte doch wohl eigentlich klar sein: Hunderttausende von Demonstranten gegen das Corona-Regime haben unzählige Verwandte, Freunde, Bekannte und Kollegen, die sie mit den beeindruckenden Bildern aus Berlin versorgen. Diese Multiplikation der realen Fakten wird immer mehr Menschen zu der Überzeugung bringen, dass die Mächtigen tatsächlich lügen bis sich die Balken biegen. Und dass die Mächtigen ein hoch riskantes Vabanque-Spiel veranstalten, das nicht nur uns sondern auch sie selber massiv an die Klippenkante schiebt.

Unsere Bewegung hat politisch die kritische Masse erreicht und erfolgreich überschritten. Es ist seit dem 1. August nicht mehr möglich, ohne uns oder gegen uns zu agieren. Es wird ja schon gemunkelt, dass Ende August der nächste Lockdown verhängt werden könnte.

Was dann passiert, kann man ganz gut in Serbien beobachten: der dortige Staatspräsident Vucic hatte über Monate eine extrem harte Ausgangssperre über die Bevölkerung verhängt. Dann standen Neuwahlen des Präsidenten an. Vucic beendete den Lockdown und die Leute wählten ihn aus Dankbarkeit für eine weitere Amtszeit. Vucic revanchierte sich, indem er eine Neuauflage der Ausgangssperre ankündigte, was von der Bevölkerung mit einer massenhaften Besetzung Belgrads und der Stürmung des Parlaments beantwortet wurde. Vucic bekam es mit der Angst zu tun und sagte die geplante Ausgangssperre ab. Womit klar ist: es ist möglich, das destruktive Corona-Regime mit dem Druck von der Straße aufzulösen. Diesen Druck von der Straße können wir in Deutschland ab jetzt auch aufbauen.

Ich hatte schon ziemlich am Anfang ein ungutes Gefühl, als es mit Corona losging. Also saß ich nächtelang am Computer und recherchierte. Dabei stieß ich natürlich auf viele Experten, die etwas völlig anderes wiedergaben als das Narrativ der öffentlich-rechtlichen Medien.

So richtig stutzig wurde ich jedoch, als genau diese Experten von unseren GEZ-Medien sofort verrissen wurden. In mir wuchs der Drang, aktiv etwas dagegen zu unternehmen und so organisierten wir gemeinsam mit einer Freundin, meiner Frau und meiner Schwägerin Anfang Mai unsere erste Demo in Karlsruhe. Wir wollten die Leute informieren und aufklären. Seitdem haben wir wöchentlich demonstriert und sind inzwischen zum Aktionsbündnis Karlsruhe bestehend aus Think!, Ettliger Friedensgruppe, Netzwerk Demokratie e. V. und Stay Free gewachsen.

Ich war auch auf einigen Demos in Stuttgart. Wie für so viele, war die Berichterstattung über die Veranstaltungen ein Schlag ins Gesicht.

Die vielen Teilnehmer, aus meiner Sicht ein Querschnitt unserer Bevölkerung, wurden in den Berichten als Rechte, Verschwörungstheoretiker, radikale Impfgegner, Wirrköpfe und so weiter bezeichnet. Es waren besorgte Menschen, die selber recherchieren.

Aber ganz besonders auffällig war, dass es sich um Menschen handelte, die mit dem Herzen dachten und lebten. Selten habe ich bei Demonstrationen so eine friedliche und liebevolle Atmosphäre gespürt. Als dann der Aufruf für die Demo in Berlin kam,

war sofort klar, dass wir da dabei sein müssen! – Während die Regierung immer wahnhafter und wirrer um sich schlug.

In Berlin habe ich dann etwas Historisches erlebt. Zwar hatte ich die Hoffnung, dass viele kommen würden, aber das übertraf alles Vorstellbare! Meine Frau und ich stießen etwa in der Mitte zum Zug warteten dort eineinhalb Stunden auf unsere Karlsruher Gruppe. In dieser Zeit zogen Massen an uns vorbei und wir waren völlig überwältigt. So viele Menschen, so viel Liebe, so friedlich.

Am Ziel wurde die Versammlung leider von der Polizei für beendet erklärt und sollte sich auflösen. Es hätte ein Fest werden können. So wurde es etwas anderes. Die Menschen gingen nicht. Alle blieben. Friedlich, in Liebe – aber bestimmt.

Ich suchte das Gespräch mit zwei Polizisten. Es war sehr schön zu sehen, wie die Polizisten selbst von dieser friedlichen Masse überwältigt und berührt waren. Die darauffolgende Berichterstattung unserer Medien konnte nur ein müdes Lächeln in mir wecken.

Ich kann nicht sagen, wie viele Leute wirklich da waren, bin mir aber sicher, dass es in der deutschen Geschichte noch keine Demonstration in dieser Größenordnung gegeben hat. Da stellt sich natürlich die Frage, wen denn unsere Regierenden und unsere Medien vertreten. Uns anscheinend nicht.

Murat Akgöz arbeitet in einem Schülerhort.



Circa 1,3 Millionen Preisträger der Republik

Seit 27. Juni verleiht der Trägerverein dieser Wochenzeitung den Preis der Republik in Form einer Medaille am Band und eines Porträts. Diesmal wird es schwierig, das umzusetzen. – LAUDATIO von Anne Höhne

Der Preis für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht in dieser Woche an all die Hunderttausenden, unerschütterlichen Demokraten, die am vergangenen Wochenende aufgestanden und Gesicht gezeigt haben. Im Mittelpunkt stehen die vielen Helferinnen und Helfer, die abseits der großen Redner unermüdlich den größten Verfassungspaziergang der Geschichte ermöglicht haben.

Das Lob gilt den vielen Ordnern und Organisatoren, die mit Millionen Handgriffen, Anrufen, Emails und Gesprächen nicht nur während der Veranstaltung ihr Bestes gaben. Seit Monaten kämpfen sie für die sofortige Aufhebung sämtlicher Coronamaßnahmen, für eine Verfassungsreform, faire und soziale Wirtschaftsbedingungen und ein friedliches Miteinander. Das Lob gilt jedem Einzelnen, der den 1. August 2020 zu diesem geschichtsträchtigen Ereignis gemacht hat. Auch die Polizei verdient unsere Wertschätzung, die sich in voller Montur unter der brennenden Sonne ruhig gegen die Masse stellen musste und dabei weitestgehend um Deeskalation bemüht war.

Der Dank gilt den Bus- und Bahnfahrern, die uns Menschen zusammenbrachten. Der Dank gilt den Verkäufern und Lieferanten, die uns versorgten. Der Dank gilt den vielen echten Journalisten, abseits der Lügenpresse, die mit ihren Aufnahmen und Berichten die Wahrheit zeigten.

Der Dank gilt den Malern und Verfassern der zahlreichen Banner und Plakate. Trotz des verfrühten Endes und der skandalös verlogenen Berichterstattung, die ja auch zu erwarten war, wird das erste Augustwochenende 2020 in seiner vollen Bedeutung in die Geschichtsbücher eingehen. Wir sind nun alle nicht mehr alleine, wir sind viele. Und spätestens jetzt weiß das Terrorregime auch darum. Ach was, es weiß die ganze Welt. Das Corona-Regime ist am 1. August gefallen.

Bisher ausgezeichnete PreisträgerInnen: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karin Reiss, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung.

WIR ÜBERNEHMEN DIE MACHT!

Berichte von TeilnehmerInnen der Massendemonstration »Das Ende der Pandemie« und dem Verfassungsspaziergang von Nicht ohne uns!

Am Freitag, 31. Juli, bildete diese Wochenzeitung den Auftakt zum Großen Augustwochenende. Nach Reden vor dem Bundestag führte der Zug am Alexanderplatz entlang (Foto) zum Rosa-Luxemburg-Platz. Schikanen des Innensenators Geisel (SPD) wurde mit der Zeitung als Mundschutz begegnet. Foto: DW



BERICHT EHEPAAR BRAND: Wir sind das Ehepaar Brand aus Franken. Wir sind beide Anfang 50 und arbeiten als Krankenschwester und Busfahrer. Wir wuchsen in Sachsen-Anhalt auf, lernten uns dort kennen und zogen 2000 nach Bayern.

Seit ungefähr zwei Jahren fällt uns die einseitige Berichterstattung der Öffentlich-Unrechtlichen übel auf. Es erinnert sehr stark an die Hofberichterstattung der Aktuellen Kamera aus der DDR kurz vor Schluss. Einzige Alternative, um uns zu informieren, ist heute das Internet. Für uns erreichten die Lügen, die Einseitigkeit und die bewusste Diffamierung anderer Meinungen durch die *Mainstream*-Medien ihren Höhepunkt vor und während der Coronakrise. Hier herrscht eine fehlerhafte und korrupte Informationspolitik, die ausschließlich vorgefasste Meinungen vermittelt. Corona war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat.

Das Schlimmste während Corona war für uns, zu sehen, wie unsere Kinder litten. Sie durften nicht in die Schule, durften ihre Freunde nicht sehen und mussten den Frühling und Sommer im Haus verbringen. Wir wollen uns nicht ausmalen, wie es ist, wenn man in einer kleinen Mietwohnung fest sitzt – was in Deutschland ja die Regel ist. Innerhalb der Familie wurden wir beschimpft, Freundeskreise zerbrachen, auch auf Arbeit wurde uns der Mund verboten. Wir entschieden uns, an der Demonstration vergangenen Samstag teilzunehmen. Wir sind absolut keine Demogänger, das war unsere erste überhaupt. Selbst 1989 erlebten wir mehr vom Rande her. Es gab sehr viele Internetaufrufe, auch von Leuten, die wir persönlich kannten.

Die Ankunft am Brandenburger Tor übertraf alles, was man sich hätte vorstellen können. So viele Menschen! Seit Wochen war es der erste freie Moment, an dem wir zu uns und unseren Meinungen stehen durften. Erstmals war wieder eine politische Diskussion ohne Vorurteile und Meinungsverbot möglich. Endlich konnten wir schreien und pfeifen und waren dabei unter Freunden. Und das Beste: Endlich mal keine Masken weit und breit. Endlich konnten wir wieder Gesichter erkennen, Lächeln wahrnehmen. Es war wunderschön! Wir waren alle müde und es war schweißheiß! Aber wir teilten uns Wasser, kamen ins Gespräch und erlebten einen ersten Tag ganz ohne Vorurteile! Auch die Polizei konnte uns nicht veranlas-

sen, zu gehen. Wir alle teilten ein gemeinsames Ziel: Eine neue Regierung, ein Ende der Coronaschikanen und eine neue Verfassung! Endlich war es möglich, trotz unterschiedlicher Einstellungen im Detail, uns auf einen gemeinsamen Nenner zu besinnen. Das ist Demokratie! Wir stehen zusammen, um das Terrorregime zu beenden – was danach kommt, lösen wir in Wahlen und Absprachen.

BERICHT EVA HUBER: Mein Name ist Eva Huber, ich bin freie Fotodesignerin und Web- und Medieninformatikerin. Meine Motivation an der Demo teilzunehmen hat Bertold Brecht am besten ausgedrückt: »Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.«

Ich war mein Leben lang an Politik nicht interessiert, aber nun richtet das Verhalten unserer Regierung so enormen Schaden an und geht gegen jede Ethik und Moral. Das kann ich so nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren und untätig zuzuschauen. Ich habe die Demo als wunderbaren, ermutigenden, fröhlichen, anstrengenden, kommunikativen und zutiefst friedlichen Meilenstein in der deutschen Geschichte erlebt. Es war eine nicht enden wollende Masse aus gelassenen, sympathischen, engagierten und interessierten Menschen aus allen Bevölkerungsschichten. Ein großer Dank aus tiefstem Herzen an die mutigen Veranstalter!

BERICHT UTE FEUERSTACKE: Ich bin Ute, 53 Jahre, arbeite als Designerin. Durch Corona konnte ich meinen Beruf nicht mehr ausüben. Ich sehe absolut keinen Grund, finde weder Krankheit, noch Krieg oder sonstige Ausnahmezustände

im Lande, die rechtfertigen würden, uns unsere Grundrechte zu nehmen! Wir brauchen einen neuen, vernünftigen und verantwortungsvollen Umgang untereinander als Gemeinschaft! Deshalb war ich Samstag auf der Großdemonstration. Anfangs habe ich die Parade am Rande für zirka zweieinhalb Stunden beobachtet. Da zogen ungefähr drei Viertel der Masse an mir und meinem Partner vorbei. Dann bin ich mitgelaufen. Habe daraufhin die Anzahl der Menschen auf einem Stück Straße gezählt und mit der Länge des Zuges 7km, multipliziert. So kam ich großzügig gerechnet auf 200.000 Menschen. Als ich an der Bühne von hinten ankam, stellte ich fest, dass schon viele warteten. Da ich von 1992-1998 an jeder Loveparade teilnahm, kann ich die Menge sehr gut einschätzen und würde sagen, dass mindestens 350.000 Menschen auf der Straße bis zum Brandenburger Tor demonstrierten. Die bestätigten auch alt eingesessene Kioskbesitzer im Umfeld. Diese sprachen sogar es waren knapp 1.000.000 Teilnehmern.

BERICHT CHRIS: Mein Name ist Chris und bin auch bekannt unter dem Pseudonym »Laser Lurch«, das ich für meine künstlerischen Arbeiten verwende.

Seit Beginn der Corona-Maßnahmen-Krise zeichne ich kritische Karikaturen zu den aktuellen Geschehnissen. Ich habe aber auch einen »normalen« Bürojob. Seit der dritten »Hygiene-Demo« am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin unterstütze ich die Revolution. So war es für mich selbstverständlich, auch zum »Tag der Freiheit« am 1. August teilzunehmen.

Ich war komplett überwältigt von der Masse an Menschen. Es war eine unglaublich ausgelassene und friedliche Atmosphäre, kein reines Freudenfest. Durch die vielen Transparente und Reden wurde auch die Ernsthaftigkeit der Lage deutlich gemacht.

Einige Demokraten wurden unruhig, als die Veranstaltung durch die Polizei aufgelöst werden sollte. Vereinzelt verließen die Menschen die Kundgebung - die meisten stellten sich jedoch friedlich und entschlossen der staatlichen Willkür entgegen. Mehr denn je wurde deutlich, welche Macht wir Bürgerinnen und Bürger besitzen. Wir sind der Souverän. Ich hoffe das sich uns immer mehr Menschen anschließen und die friedliche Revolution vorantreiben. Wir übernehmen die Macht!

Nur so um ein paar Nullen gefälscht...

DOKUMENTIERT: Tickermeldung des Pressepportals Presse. Online nennt Teilnehmerzahl von 1,3 Millionen nach Polizeiangaben an der Verfassungkundgebung auf der Straße des 17. Juni in Berlin am 1. August um 16:45 Uhr.



Berlin: Polizei beendet Demo gegen Corona am Brandenburger Tor

1.8.2020 um 16:45 Uhr, die Polizei beendet die Veranstaltung Berlin-Tausende haben in der Hauptstadt gegen die Maskenpflicht zum Schutz vor Corona-Ansteckungen demonstriert. Nach Polizeiangaben versammelten sich etwa 1,3 Millionen Menschen, am Brandenburger Tor und auf der Straße des 17. ... weiterlesen

Presse.Online | Aktuelle Nachrichten

Wenig später wird vom Regime eine Zahl angeordnet, die seither von den Konzern- und Regierungspropagandamedien kolportiert wird: »20.000«. Das Interregnum lügt wie beim Virus in Zehnerpotenzen – und jeder weiß es. Damit sollte klar sein: Das Corona-Regime versucht nun gar nicht mehr, die Bevölkerung mit Glaubwürdigkeit zu täuschen. Die Botschaft der offensichtlichsten Lüge lautet: Nicht die Demokratinnen und Demokraten wissen, ob sie am 1. August bei einer Kundgebung waren. Nein, das Regime legt diktatorisch fest, wieviele sie sind. Der nächste Schritt solcher Verhaltensweisen, bei der die persönliche Anwesenheit zumindest hunderttausender Individuen geleugnet wird, ist leider die plumpe Gewalt – und so kam es dann auch um Viertel vor fünf. DW / ale

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von tausenden einzelnen Spendern und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit € 10.- in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN:

NAME _____
TELEFON, E-MAIL _____
STRASSE, HAUSNUMMER _____
POSTLEITZAHL, ORT _____

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Die dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder der freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfall durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnissen verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärrätischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 15. Ausgabe ab Samstag, 1. August 2020. Redaktionsschluss war am 6. August, 7 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an A. Lenz, Vorstand K.D.W., **IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69**.

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Anne Höhne, Batseba N’Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Louise Thomas, Wolfgang Spraul, Sophia Antonou, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzels, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Nathan Gray **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N’Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die **Wohnung** ist unverletzlich.

(2) **Durchsuchungen** dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt **durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper**. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur **Abwehr dringender Gefahren** für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die **Maßnahme** auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich **nachzuholen**.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses **Berichts** die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer **gemeinen Gefahr** oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in **Gemeineigentum** oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft **überführt** werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf **nur auf Grund** eines Gesetzes und gegen den **Willen des Betroffenen** nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein **Deutscher** darf an das **Ausland ausgeliefert** werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf **Absatz 1** kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und **verspätetes** Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren **Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt** sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) **eingeschränkt** werden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit **nach** diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz **allgemein** und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In **keinem** Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.